

## Anlage 1



### Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit

**Hinweis:** Dieses Formblatt ist von **jedem** Bewerber/Bieter bzw. bei Bietergemeinschaften von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen und mit dem Angebot abzugeben. Ist der Einsatz von Nachunternehmern geplant, muss das Formblatt für die Nachunternehmer noch nicht mit dem Angebot abgegeben werden - im Angebot muss angegeben werden, dass der Einsatz von Nachunternehmern geplant ist. Der Verband Region Stuttgart wird den Bieter, der für den Zuschlag vorgesehen ist, vor Zuschlagserteilung auffordern, das Formblatt auch für die Nachunternehmer vorzulegen. Nachfolgend bitte Zutreffendes ausfüllen.

### Eigenerklärung für das Unternehmen bzw. die Organisation (Name mit Rechtsform):

---

Ich / Wir erklären,

1. dass ich / unser Unternehmen im folgenden Berufs- oder Handelsregister eingetragen bin / ist:

---

---

2. dass ich / wir / unser Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial-oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen habe / haben / hat.
3. dass ich / wir zahlungsfähig sind und dass über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, oder sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.
4. dass im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird.

5. dass ich / wir / unser Unternehmen die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt habe / haben / hat.
  6. dass für keine Gründe vorliegen, die einen Ausschluss aus dem Vergabeverfahren nach § 21 Abs. 1 des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz, AEntG), nach § 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, SchwarzArbG) und nach § 19 Abs. 1 des Gesetzes zur Einführung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz, MiLoG) rechtfertigen.
  7. dass keine Person, deren Verhalten meinem / unserem Unternehmen nach § 123 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zuzurechnen ist, rechtskräftig wegen eines Verstoßes gegen eine der in § 123 Absatz 1 GWB genannten Vorschriften verurteilt worden ist.
  8. dass mein / unser Unternehmen Mitglied folgender Berufsgenossenschaft ist:
- 

Ich werde / Wir werden geeignete Nachweise zu den unter 1. bis 8. abgegebenen Erklärungen vorlegen, sofern mich / uns die Vergabestelle hierzu auffordert.

---

(Ort, Datum)

---

(Unterschrift, Stempel)